



KÖNIGSBRIEF Nr. 7

Berlin, den 19.10.2018



Liebe Freunde in Niedersachsen,

im Anhang finden Sie meinen Bericht aus der zurückliegenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Es ist ein kleiner Nachweis meiner Arbeit als Ihr Abgeordneter im Berliner Reichstag. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Beste Grüße Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jörg König'.

Meine Arbeit im Bundestag



Inhalt



1. Weitere 15 Milliarden Euro für Flüchtlingsindustrie durch Merkel-Regierung bereitgestellt
2. Kindergeldanspruch von EU-Ausländern reduzieren
3. Abweisungen an Frauenhäuser: ein trauriger Skandal der Alt-Parteien mehr
4. Mehr Öffentlichkeit zulassen in Bundestagsausschüssen – Jörg König für Live-Stream von Ausschuss-Sitzungen
5. Christenverfolgung stoppen und sanktionieren
6. Arbeitskreis Wahlrechtsreform: Jörg König als einziger Niedersachse mit dabei

7. Fußball-EM als Riesenschub für Deutschland und Olympia 2032 nutzen

8. Jörn König in Unterfranken und Hessen auf Tour

9. Datenschutz und IT-Sicherheit eine Frage von nationalem Interesse: Jörn König im Gespräch mit Regierungs-Delegation aus Weißrussland



Weitere 15 Milliarden Euro für Flüchtlingsindustrie durch Merkel-Regierung bereitgestellt

Zur Unterstützung der Flüchtlinge stellt die CDU/CSU/SPD-Regierung weitere 15 Milliarden Euro bereit. Kabinettsbeschluss wird dieser hohe Geldbetrag bereitgestellt zur Ausgabe über Länder und Gemeinden. Dabei ausdrücklich im entsprechenden Gesetzentwurf auf ein Kontrollrecht über die Verwendung der bereitzustellende Milliarden Euro verzichtet. Der Kabinettsbeschluss vom 10. Oktober 2018 verstößt laut Jörn König gegen geltendes Haushaltsrecht. König: „Der Verzicht auf das Kontrollrecht über die Verwendung der Mittel ist ein Verstoß gegen ordnungsgemäße Haushaltsführung.“ König hält es für notwendig zu überprüfen, ob die Länder und Gemeinden diese sachgerecht verwenden. Doch dieses Geld möchte Jörn König nicht für die Integration von Flüchtlingen verwendet werden sondern zur Vorbereitung der Rückkehr in die Heimat und zum beschleunigten Vollzug von Abschiebungen abgelehnte

Asylbewerber. König: „Bevor das Geld in sinnlose Integrationsmaßnahmen versenkt wird, sollten diese Gelder genommen werden, um abgelehnte Asylbewerber endlich außer Landes zu bringen. Es ist nicht hinnehmbar, dass i wieder abzuschleppende Asylbewerber ihren Aufenthalt in Deutschland verlängert bekommen und diese Zeit nutze Straftaten zu begehen werden.“

Kindergeldanspruch von EU-Ausländern reduzieren

Jörn König hat zusammen mit anderen AfD-Bundestagsabgeordneten vorgenommen, den Missbrauch der deutschen Sozialsysteme durch EU-Ausländer zu stoppen. Jörn König findet, wenn es in Österreich möglich ist Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer zu kürzen, dann sollte das auch in Deutschland machbar sein. König, de Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion angehört, erklärt dazu: „Es geht einfach nicht, wenn Deutschland b Kindern beispielsweise nach Bulgarien Beträge überweist, die das Doppelte des dortigen Durchschnittsgehalts entsprechen Hier muss schnell eine Indexlösung her, wo bei EU-Ausländern, deren Familien im Herkunftsland leben Kindergeldzahlungen auf das dort übliche Niveau abgesenkt werden. Es ist dringend geboten, das Kindergeld für n Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort der Kinder anzupassen. Wen kleine Österreich durch eine derartige Regelung im Jahr 110 Millionen Euro einsparen will, dann sollte Deutschland ä verfahren.“ Für König ist das auch kein Widerspruch zum EU-Recht, wie immer wieder fälschlicherweise behauptet König: „Die Indexierung der Familienbeihilfe orientiert sich exakt an einen früheren Vorschlag der EU-Komm gegenüber Großbritannien, aber heute wollen die EU-Kommissare davon nichts mehr wissen.“ Der AfD-Antrag wurde 18. Oktober 2018 von den Alt-Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNEN und LINKEN abgelehnt, doch König ist sich s bald kommt der Antrag von der Gegenseite. Auch daran lässt sich ablesen: AfD wirkt.

Abweisungen an Frauenhäuser: ein trauriger Skandal der Alt-Parteien mehr

Die Situation an deutschen Frauenhäusern bereitet den AfD-Fraktionen in Bund und Ländern große Sorgen Dachverband von 260 Frauenhäusern in Deutschland spricht gar von einer Katastrophe, die von der großen Politik beachtet wird. Jörn König, Abgeordneter aus Hannover, kritisiert die Alt-Parteien, die Not an den Frauenhäuser weitgehend ignorieren. Deshalb hatte bereits im Juni 2018 die AfD-Landtagsfraktion in Hannover einen Gesetzentwurf Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt“ eingebracht. Diesen Schutzgeld hat nun auch die AfD-Bundestagsfraktion aufgegriffen und forderte in einem eigenen Antrag am 18. Oktober 201 „Erhebung von Daten zur statistischen Erfassung von Abweisungen an Frauenhäusern in der Bundesrepublik Deutsch Es soll dabei auch geklärt werden, welche Nationalität die Frauen haben, die an Frauenhäusern abgewiesen werden König weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Frauenhäuser in den Verantwortungsbereich der Bundesländer fallen, aber wenn jedoch eine länderübergreifende Fehlentwicklung vorliegt, dann sei der Bund gefordert, die Urs festzustellen und mit geeigneten Maßnahmen korrigierend einzugreifen. Um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, bedarf es statistischer Angaben, die bisher fehlen.“ Aber auch dieser gut gemeinte Vorschlag der AfD-Fraktion wurde den Alt-Parteien abgelehnt. Hier zeigt sich, so Jörn König, wer Obstruktionspolitik betreibt: „Wir kommen mit sachgerechten Argumenten und Anträgen, aber die Alt-Parteien schämen sich nicht, aus engstirnigen parteipolitischen Denken h diese abzulehnen. Wir sind es nicht, die hier Sacharbeit verweigern. Die Alt-Parteien sind die Versager, die wie in d Fall unsere Frauenhäuser im Stich lassen.“

Mehr Öffentlichkeit zulassen in Bundestagsausschüssen – Jörn König für Live-Stream von Ausschuss-Sitzungen

Wenn es nach den AfD-Abgeordneten Jörn König und Andreas Mrosek ginge, dann sollte der Deutsche Bundestag s als bisher von seinem Ermessensspielraum Gebrauch machen und bei den Ausschuss-Sitzungen mehr Öffentlichkeit zulassen. Die beiden Abgeordneten brachte einen entsprechenden Antrag ein, in dem stand: „Demokratie erfordert Transparenz und politische Entscheidungen und Erörterungen in den Ausschüssen sollten nicht länger verschlossenen Türen erfolgen. Es ist geboten und sinnvoll, mehr Demokratie zu wagen und interessierten Bürgern und medialen Öffentlichkeit Zutritt zu den Beratungen zu gewähren.“ Der Sportausschuss des Deutschen Bundestages einen Anfang wagen. Jörn König empfahl, mehr Transparenz zu erreichen, mit den Möglichkeiten des Internets. W erklärte der niedersächsische AfD-Bundes: „Ich bin für Live-Streams von Ausschuss-Sitzungen im Deutschen Bund Der Sportausschuss sollte damit anfangen. Live-Stream im Internet ist angesagt, auch um Politikverdrossenheit der B abzubauen. Es ist an der Zeit, dass der Bundestag Schluss macht mit der Politik hinter verschlossenen Türen Geheimhaltungsmentalität der Alt-Parteien zeigt das Misstrauen der politischen Elite gegenüber mündigen Bürgern.“ am 26. September 2018 lehnte der Sportausschuss des Deutschen Bundestages den AfD-Antrag auf Wiederherstellung Öffentlichkeit ab, obwohl zuvor alle Fraktionen, außer der CDU/CSU sich in einem Zeitungsinterview für mehr Öffentlichkeit ausgesprochen hatten. Jörn König: „Besonders das Verhalten der SPD ist völlig unverständlich. Gegenüber Öffentlichkeit sagen sie, auch sie seien für mehr Öffentlichkeit im Ausschuss und dann stimmen sie aus Koalitionsdisziplin wider besseren Wissens mit der CDU/CSU gegen die Wiederherstellung von mehr Öffentlichkeit im Sport-Ausschuss.“

wider besseren Wissens mit der CDU/CSU gegen die Wiederherstellung von mehr Öffentlichkeit im Sport-Ausschuss.“

Christenverfolgung stoppen und sanktionieren

„Noch nie in der Menschheitsgeschichte war die Situation für Christen so katastrophal wie heute.“ Dieser Satz ste Antrag der AfD-Bundestagsfraktion „Christenverfolgung stoppen und sanktionieren“. Tatsächlich sind die Christen d meisten verfolgte und diskriminierte Religionsgemeinschaft weltweit, wie aktuelle Untersuchungen belegen. Insbesondere islamischen Ländern werden Christen mit dem Tode bedroht. Ein Gesinnungsstrafrecht sorgt in islamischen Länder für Entrechtung der Christen, ein Abfall vom muslimischen Glauben wird vielfach mit dem Tode bestraft. Jörn König „Wenn in Deutschland der Moschee-Bau vom Ausland finanziert wird und unsere christlichen Mitbrüder in islamischer Ländern verfolgt werden, dann stimmt etwas nicht. Erst wenn es möglich ist, in Katar oder Saudi-Arabien eine christliche Kirche zu errichten, erst dann glaube ich an eine Toleranzbereitschaft im Islam.“ Nach König ist mangelt es tatsächliche Friedfertigkeit und Toleranz gegenüber Christen in islamischen Ländern. Deshalb verstehe ich auch nicht, warum Mehrheitsparteien im Bundestag so wenig für verfolgte Christen unternehmen. König:„Mein Büroleiter hat deshalb kürzlich eine Tagung im Landtag von Schwerin organisiert, wo die Christenverfolgung thematisiert wurde. Nun greift unsere Bundestagsfraktion dieses Thema auf. Doch ich muss feststellen, die Parteien mit dem hohen C und ihre Kanzlerin unternehmen nichts gegen die schlimme Christenverfolgung, die wir heute in der Welt verzeichnen. Schweigen ist jede keine Antwort.“ Dieser Haltung entspricht die Reaktion der Alt-Parteien auf den AfD-Antrag „Christenverfolgung stoppe sanktionieren“. Die CDU/CSU lehnte ihn genauso ab, wie die Grünen und die Linke.

Arbeitskreis Wahlrechtsreform: Jörn König als einziger Niedersachsen mit dabei

Jörn König ist der einzige AfD-Bundestagsabgeordnete aus Niedersachsen, der im Arbeitskreis Wahlrechtsreform Fraktion mitarbeitet. Hierbei geht es um die Umsetzung des AfD-Programms, die Sitze im Bundestag auf 450 Abgeordnete zu reduzieren. Der Bund der Steuerzahler kritisierte: „Schon jetzt haben wir einen XXL-Bundestag zulasten Steuerzahler“. Handlungsbedarf ist, sonst wächst der Bundestag zukünftig auf ca. 900 Abgeordnete, wie Umfragedate Instituts INSA aktuell belegen. Derzeit hat der Bundestag 709 Abgeordnete. Schon damit ist er so groß wie nie zuvor weitere Parlamentswachstum wird vorausgesagt, weil ein Teil der Altparteien mehr Direktmandate erringen, wie aufgrund der Zweitstimmen zustehen, das sind die sog. Überhangmandate, wodurch mit sogenannten Ausgleichsmandat wieder der Parteienproporz gemäß Wahlergebnis hergestellt werden muss. Für Jörn König ist klar, nur durch Kappungsgrenze werden wir die Arbeitsfähigkeit des Bundestages erhalten und unser Wahlziel realisieren und Deutschen Bundestag entsprechend verkleinern.

Fußball-EM als Riesenschub für Deutschland und Olympia 2032 nutzen

Die AfD freut sich über die Entscheidung des Europäischen Fußball-Verbandes (UEFA), die Endrunde der Fu Europameisterschaft 2024 in Deutschland auszutragen. „Deutschland bietet erstklassige Voraussetzungen. Nahezu komplette Infrastruktur ist bereits vorhanden. Und die deutschen Fußball-Fans haben es verdient, fast eine Generation der Weltmeisterschaft 2006, ein neues Sommermärchen zu erleben und mit zu gestalten.“ Dies sagt Jörn König sportpolitische Sprecher der AfD und Obmann der Fraktion im Sportausschuss des Bundestages und er hofft, dass na eine der Spiele auch in Niedersachsen stattfinden. Jörn Königs AfD-Bundestagskollege Andreas Bleck fügte hinzu Sportpolitiker und Fußballschiedsrichter freue ich mich über die Entscheidung und hoffe, die deutsche Nationalmann tritt dann motivierter an, als bei der Weltmeisterschaft 2018 in Russland.“

Jörn König sieht in der Fußball-EM 2024 auch einen Riesenschub, für eine mögliche Bewerbung Deutschlands um die Olympischen Spiele 2032, die vermutlich ein Jahr nach der Fußball-EM, im Jahr 2025, vergeben werden. Deutschland und die Deutschen können sich mit der Fußball-EM als weltoffene, freundliche und herzliche Gastgeber präsentieren. Mit erfolgreich organisierten und gestalteten Fußball-EM 2024 steigen die Chancen, zum nächsten sportlichen Großer acht Jahre später einladen zu können.

Jörn König in Unterfranken und Hessen auf Tour

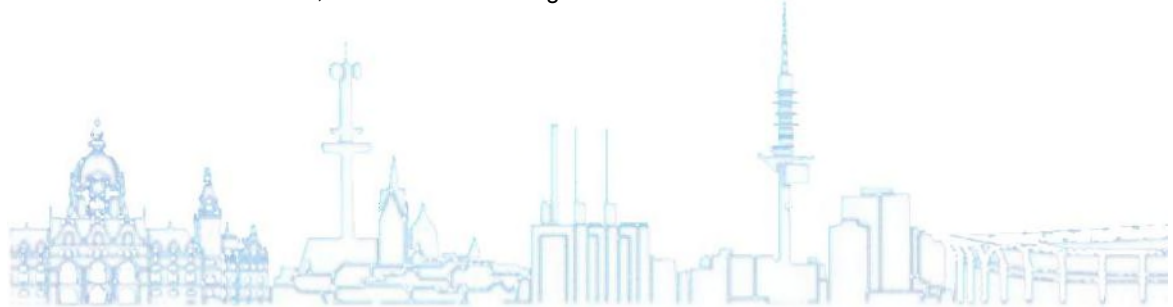
Zusammen mit Reinhard Hirche, Heinz-Joachim Reinhardt, Stephan Marienfeld und Klaus Pehlke machte sich Jörn mit Info-Ständen und den VW Caddy auf den Weg nach Bayern. Zwei Info-Stände waren mit an Bord und kamen Samstag zum Einsatz. Zuvor am Freitag-Abend wurde ein Mainschiff bestiegen, auf der Fahrt über den Main wurde Bundestagsabgeordneten und Landtagskandidaten feurige Reden mit viel Inhalt und Substanz geschwungen. In Kitz berichtete Jörn König zusammen mit dem Ratsherrn Reinhard Hirche an Informationsständen über die Arbeit im Deut Bundestag. Unterstützung fand Jörn König bei seiner Franken-Tour durch Stephan Marienfeld, Heinz-Joachim Rein und Klaus Pehlke, die in Schweinfurt mit einem zweiten Pavillon dabei waren. Dabei trafen die Hannoveraner auf die

Landtagskandidaten Christian Klingen und Richard Graupner. Am Wahlabend war klar, der Einsatz aus Hannover haben gelohnt, beide Kandidaten wurden in den Bayerischen Landtag gewählt. Am 20. Oktober wird die Aktion wiederholt zwar in Kassel.

Datenschutz und IT-Sicherheit eine Frage von nationalem Interesse: Jörn König im Gespräch mit Regierungs-Delegation aus Weißrussland

Unter Leitung von Justizminister Oleg Slizhevsky weilt derzeit eine hochrangige Delegation aus Belarus in Deutschlands mehr über Schutz persönlicher Daten und IT-Sicherheit zu erfahren. So gab es eine gemeinsame Sitzung mit Bundestagsausschüssen Recht und Verbraucherschutz unter Leitung von Stephan Brandner (AfD), an dem auch König aus dem Bundestagsausschuss Digitale Agenda teilnahm. Jörg König riet dabei den weißrussischen Regierung und Parlamentsvertretern: "Trotz europäischer Datenschutzgrundverordnung ist es für jedes Land wichtig, über ein eigenes Rechenzentrum zu verfügen, in dem personengebundene Daten der Bürger verarbeitet werden. Selbst in Deutschland Unternehmensprojekte verzögert umgesetzt worden, weil kein geeignetes Rechenzentrum vorhanden war, entsprechender gesetzlicher Vorschriften. Wenn Sie ein eigenes Datenschutzgesetz entwickeln, achten sie bitte dass es ein eigenes Rechenzentrum in Belarus gibt. Bürgerdaten gehören nicht in ausländische Hände, es sei der Bürger stimmt ausdrücklich und aktiv zu,. Besondere Kooperationswünsche zum Datenschutz mit Deutschland kamen von Natallia Huivik als Vorsitzende des Ausschusses für Gesetzgebung in der Repräsentanten Kammer der belarussischen Nationalversammlung.

Pikante Randnotiz: Wegen einiger Absagen bestand die deutsche Delegation bis 4 Stunden vor dem Termin ausschließlich aus Mitgliedern der AfD-Fraktion. Die anderen Fraktionen hatten anscheinend kein Interesse an Datenschutz Osteuropa. Das Auswärtige Amt hat daraufhin den Rechtsausschuss gebeten, per Mail Abgeordnete anderer Fraktionen noch einmal anzufragen, ob kurzfristig die Teilnahme an diesem Termin möglich ist. Letztendlich nahmen neben den beiden AfD-Abgeordneten an dem Gespräch mit der belarussischen Delegation noch zwei Abgeordnete der SPD teil. CDU/CSU, GRÜNE und LINKE glänzten durch Abwesenheit.



Im Anhang finden Sie als Download aktuelle Drucksachen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Jörn König MdB, Mitglied des Deutschen Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 78 168 - Telefax: +49 30 227 70 168
[E-Mail: joern.koenig@bundestag.de](mailto:joern.koenig@bundestag.de)